

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 68 (1950)
Heft: 43

Artikel: Ueber das Kriterium des volkswirtschaftlichen Nutzens in der Energieverwertung: Gedanken zu Ludwigs Musils Buch "Praktische Energiewirtschaftslehre"
Autor: Bauer, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-58101>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

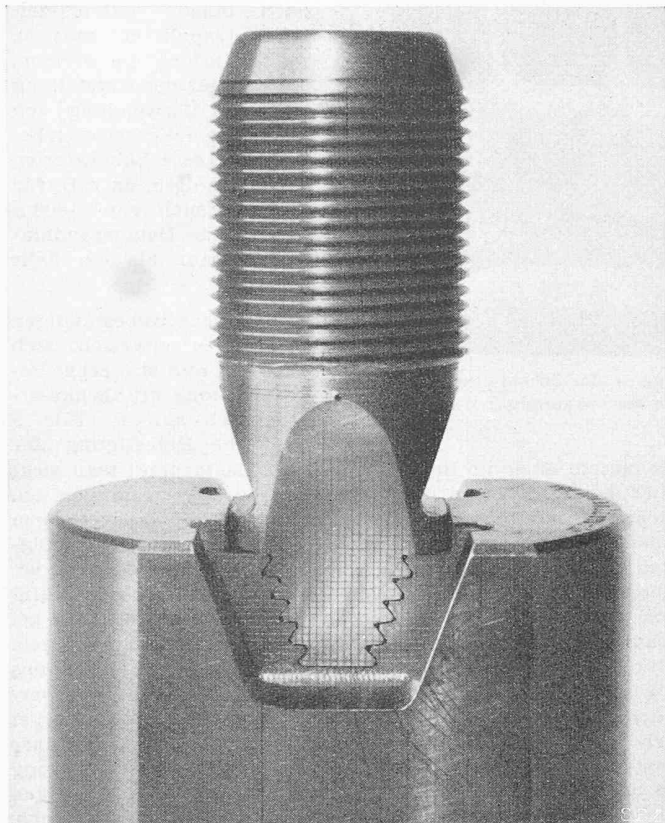


Bild 11. Zugversuch mit einem Schaufelfussmodell

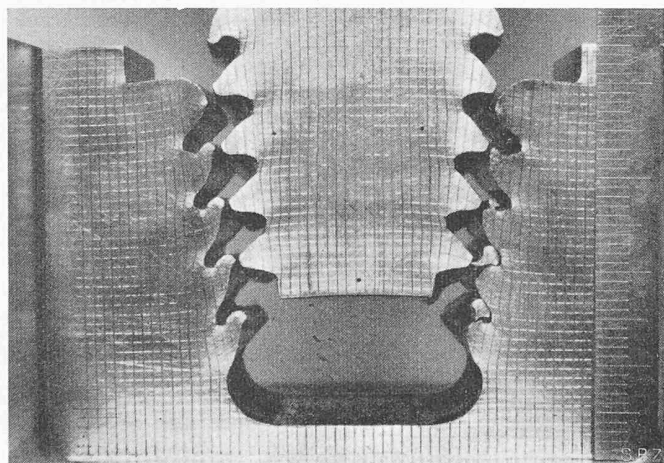


Bild 12. Zerstörung einer Schaufelfussverbindung bei Raumtemperatur

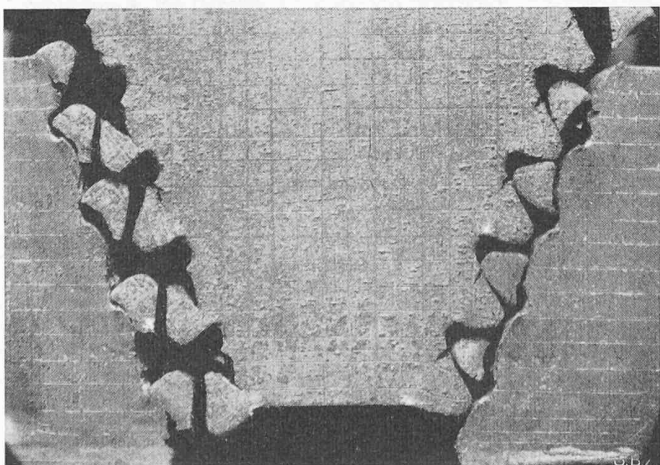


Bild 13. Ausbildung des Bruchs einer Schaufelfussverbindung bei erhöhter Temperatur

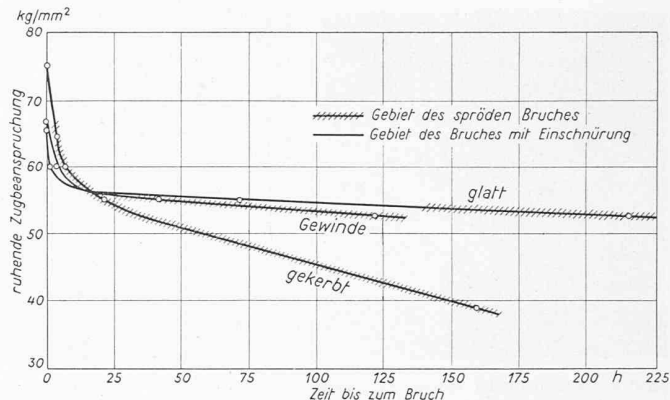


Bild 14. Warmzerreiss- und Dauerstandversuche bei 500° C an glatten, gekerbten und Gewinde-Stäben aus Schraubenstahl mit 0,2% C, 0,8% Cr, 0,9% Ni und 1% Mo [6]

an einem warmfesten Stahl, der empfindlich für Versprödung ist, durchgeführt wurden. Die Versuche wurden an einem glatten Probestab, einem Probestab, der mit Gewinde versehen war, und einem scharf gekerbten Probestab durchgeführt. Bei diesem Stahl sinkt die Festigkeit durch das Anbringen einer Formkerbe, indem interkristalline Trennungsbrüche auftreten, wie dies auf Bild 14 durch Schraffieren der einzelnen Kurvenäste angedeutet ist. (Schluss folgt)

Ueber das Kriterium des volkswirtschaftlichen Nutzens in der Energieversorgung

DK 620.9

Gedanken zu Ludwig Musils Buch «Praktische Energiewirtschaftslehre» von Prof. Dr. BRUNO BAUER, ETH, Zürich

Professor Ludwig Musil, Graz, hat letztes Jahr im Verlag Julius Springer, Wien, ein Werk über die Energiewirtschaftslehre herausgegeben, das der Beachtung aller Energiewirtschaftler wert ist. Er ist damit an eine gewaltige Aufgabe herantreten: die Energiewirtschaft, dieses weitausladende Grenzgebiet zwischen Technik und Wirtschaft, in einem Lehrbuch in nationalökonomischer Betrachtung zu beschreiben. Das Vorhaben stellt an den Autor grösste Anforderungen, denn es verlangt nicht nur die sichere Beherrschung einer weitschichtigen technischen Materie, sondern auch die vertiefte Kenntnis der modernen nationalökonomischen Theorie. Es handelt sich ja darum, die Energieversorgung als Teil des volkswirtschaftlichen Prozesses begreiflich zu machen und ihre Richtlinien aus den Erfordernissen dieses Prozesses abzuleiten. Hier aber beginnt die Schwierigkeit. Man kann wohl mit Ludwig Musil einleitend feststellen, dass für die Beurteilung der Energieversorgung ihr volkswirtschaftlicher Nutzen massgebend sein soll; wie aber ist dieser Nutzen zu umschreiben?

In der Konkurrenzwirtschaft lässt sich hierfür leicht eine Formulierung finden: Damit die Beschaffung eines Gutes nützlich ist, muss es einen Wert haben. Je höher dieser Wert ausfällt (ein Mass der Dringlichkeit der Bedürfnisbefriedigung), umso zwingender, nützlicher ist die Güterbeschaffung. Bei gegebenem Aufwand wächst daher ihr Nutzen mit dem Marktwert des Gutes. Der Marktwert muss also als eine mitbestimmende Komponente in der Umschreibung des volkswirtschaftlichen Nutzens erscheinen; er kann aber allein zur Beurteilung nicht hinreichend sein. Da nämlich die Produktionselemente der Güterbeschaffung nur in beschränktem Umfang vorhanden sind, ist jenes Verfahren von grösstem Nutzen, das eine bestimmte Gütermenge mit dem geringsten Aufwand an Produktionselementen erzeugen lässt. Mit diesem Aufwand, den Produktionskosten, ist die zweite Komponente des Nutzens gegeben, die aber für sich allein offenbar auch kein hinreichendes Kriterium ergibt. Wenn wir uns nämlich mit allen Kräften noch so sehr bemühen, die Produktionskosten eines bestimmten Gutes auf einen Mindestbetrag zu bringen, so kann der volkswirtschaftliche Nutzen seiner Beschaffung trotzdem nicht gross sein, wenn ein geringes Bedürfnis nach diesem Gut vorhanden ist und sein Wert auf dem Markt daher niedrig steht. Wir brauchen also beide Komponenten zur Umschreibung des volkswirtschaftlichen Nutzens in der Konkurrenzwirtschaft, auf welche Tatsache wir später noch eingehend zurückkommen werden.

Wenn sich nun trotzdem die nationalökonomische Theorie älterer Schule mit der Forderung geringsten Aufwands in der Güterproduktion begnügt, so liegt dies im Umstand begründet, dass sie als Endziel des Güterkreislaufs die Erreichung des Gleichgewichts zwischen Produktions- und Konsummenge bei optimaler Ausnutzung der Produktionselemente erblickt, wobei sich alsdann die Preise der Güter ihren Produktionskosten angleichen. In diesem gedachten Endzustand der Kreislaufbewegung verliert somit der Marktwert seine Bedeutung, und es verbleibt nur die zweite Komponente, das Produktionskostenminimum, als Kriterium des volkswirtschaftlichen Nutzens.

Verweilen wir zunächst für einen Augenblick bei dieser These, der offenbar auch Ludwig Musil beipflichtet, obschon er dies in seinem Buch nicht ausdrücklich sagt. Er fordert die wirtschaftlichste Ausnutzung und den zweckmässigsten Einsatz der zur Verfügung stehenden Rohenergiequellen, sowie die Umwandlung und den Transport der elektrischen Energie in der rationellsten Weise. In den Hauptabschnitten seines Werks: Wirtschaftliche Ausnutzung der Wasserkräfte, der Windkraft, der Brennstoffe und wirtschaftliche Erzeugung, Fortleitung und Verteilung der elektrischen Energie, erfahren wir, wie dies gemeint ist, nämlich Anstreben des jeweiligen Kostenminimums. Dieses Minimum wird einmal auf die jährlichen Produktionskosten bezogen, ein andermal, bei der Ausnutzung der Wasserkräfte, als minimaler Kapitalaufwand verstanden. Beim Studium dieses letztgenannten Abschnitts offenbart sich die Anschauung des Autors in besonders klarer Weise. Er versucht hier mit viel Scharfsinn auf Grund des Kriteriums der minimalen Erstellungskosten je Energieeinheit die wirtschaftlichste Ausbaugrösse von Kraftwerken zu ermitteln und darauf fussend eine Rangordnung nach Massgabe der Ausbauwürdigkeit im Kreis der technisch möglichen Nutzungen aufzustellen. Sein Hauptanliegen ist hiebei die Schaffung einer eindeutigen festen Ordnung im Ausbau der Wasserkräfte, einer Ordnung, in welche der Energieverbrauch mit seinen ständigen Schwankungen der Nachfrage und der Energieerschätzung nicht hineinzureden hat. Den Verbrauchern soll die Gewissheit genügen, dass der Grundsatz minimaler Kapitalinvestition als Richtschnur einer solchen Planung dient.

Der Gedanke des zeitlosen, über die Fluktuationen der Wirtschaft erhabenen Kriteriums hat zunächst etwas Bestechendes an sich. Bei weiterer Ueberlegung tritt aber doch der eine und andere Zweifel auf. Es ist einmal zu bedenken, dass sich hinter der Kapitalinvestition eines technischen Werks im Grunde genommen die Arbeits- und Energiekosten, Kapitalzinsen und Bodenrenten verstecken, die zur Erzeugung und für die Bearbeitung der erforderlichen Werkstoffe beim Bau der Maschinen und für die Erstellung der baulichen Anlagen aufgewendet werden müssen. Die spezifische Kapitalinvestition einer gegebenen Wasserkraftanlage ist also keineswegs eine zeitlose Grösse und damit auch nicht das von Ludwig Musil angegebene Kriterium der wirtschaftlichsten Ausbaugrösse. Sie folgt insgeheim doch den Schwankungen der Wirtschaft, und was gestern nach Meinung des Autors richtig gewählt war, kann sich morgen als falsch disponiert herausstellen. Kraftwerke, die in Zeiten hoher Geldentwertung erstellt wurden, müssten nach Rückkehr normaler Verhältnisse im Lichte besagten Kriteriums als zu hoch ausgebaut bezeichnet werden und umgekehrt.

Der Begriff der wirtschaftlichen Ausbaugrösse eines Kraftwerks kann aber auch aus einem andern Grunde die Abhängigkeit von der jeweiligen wirtschaftlichen Konstellation der Umwelt nicht übersehen. Wenn wir nämlich im Sinne unserer vorläufigen Hypothese jene Lösung als volkswirtschaftlich nützlichste bezeichnen wollen, welche die geringsten Produktionskosten ergibt, so kann es sich im Falle der Energieversorgung nicht nur allein um die elektrische Energie handeln, sondern vielmehr um jenen Mindestwert der jährlichen Kosten, die den Verbrauchern gesamthaft aus der Erzeugung der total benötigten Nutzenergie erwachsen. Die elektrische Energie steht ja in der Konkurrenzwirtschaft im Wettbewerb mit andern Energieträgern auf dem Nutzenergiemarkt, und es handelt sich daher darum, die Gesamtheit aller Nutzenergieverbrauchsstellen so auf die einzelnen Energieträger zu verteilen, dass ein Minimum der totalen Nutzenergiekosten entsteht. Es ist hier nicht der Ort, auf das hiebei einschlagende Verfahren einzugehen, denn man erkennt ohnedies, dass der so verstandene optimale Einsatz der Was-

serkraft (oder der thermoelektrischen Energie) nicht ohne weiteres mit der Ausbaugrösse zusammenfallen muss, die dem geringsten Kapitalaufwand entspricht. Je nach Grösse und Struktur des Versorgungsgebiets und je nach den Preisen der übrigen Energieträger kann die nützlichste Verwendung der hydroelektrischen Energie eines gegebenen Systems von Wasserkraftnutzungen über oder unter jener Produktionsmenge liegen, bei welcher der spezifische Kapitalaufwand seinen Mindestwert erreicht.

Wenn wir demgemäss erkennen, dass der Einsatz der Wasserkraft nach Massgabe des grössten volkswirtschaftlichen Nutzens der Beachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl der Produktion als auch des Verbrauchs bedarf, erhebt sich nun die schwierige Frage, wie denn dieser Verbrauch aussehen mag im Zeitpunkt des erreichten Gleichgewichts des allgemeinen Güterkreislaufs. Es sind ja nur in diesem Sonderfall die Preise gleich den Produktionskosten und folglich diese Kosten nur unter dieser selben Voraussetzung allein massgebend für den volkswirtschaftlichen Nutzen. Ich nehme an, dass sich Ludwig Musil an dieser Schwierigkeit gestossen hat und den gordischen Knoten schliesslich mit dem Entschluss durchschlug, das Wohl und Wehe der Verbraucher überhaupt nicht in seine Betrachtung einzuschliessen. Er hat sich als Produktionswirtschaftler seine Grenzen selbst gesteckt, wobei er sich wohl dachte, dass den Verbraucherinteressen in hinreichendem Mass gedient sei mit dem Bestreben, die Energieproduktionsstätten so auszubauen und zu disponieren, dass die Energie überall mit einem Minimum von Kosten erzeugt wird. Obschon diese Regel, vom erfahrenen Praktiker gehandhabt, sicher nicht auf gefährliche Abwege führt, sind wir uns doch bewusst geworden, dass ihr Gedankeninhalt grundsätzlich irrig ist. Wie aber wollen wir sie im konkreten Fall richtigstellen angesichts der Unmöglichkeit einer quantitativen Voraussage über die Art und Grösse der Nutzenergiebedürfnisse und über die Preise im Zustand des endgültigen Gleichgewichts?

Wer sich in dieses Problem versenkt, erkennt bald die tiefere Ursache der Schwierigkeit: Es gibt eben gar keinen Dauerzustand des Kreislaufgleichgewichts im oben skizzierten Sinn! Diese aus älteren Anschauungen der klassischen Nationalökonomie übernommene Vorstellung ist zwar in vielen Fällen theoretisch sehr bequem, aber sie ist unwirklich. Die Preis-Kostengleichheit bei maximalem Konsumgüterumsatz ist nämlich nur als vorübergehender (labiler) Endzustand denkbar, weil das Gewinnstreben der Verbraucher eine rückläufige Bewegung des Güterkonsums und der Produktion zur Folge hat. Dieses Abgleiten in Gleichgewichtszustände geringeren und geringsten Umsatzes kann nur aufgehalten werden, wenn die Gewinne im vollen Umfang zur Erzeugung von Investitionsgütern Verwendung finden, wobei deren Aktivierung im eigenen Kreislauf alsdann zu einer erneuten Vergrösserung des Umsatzvolumens führt. Da sich aber die Ersparnisse der Verbraucher in ständig veränderlichem Verhältnis auf Hor-tung und Neuinvestition verteilen, müssen auch die Konsum- und Produktionsmengen in ständig schwankender Bewegung verbleiben. Dieser Dynamik des Kreislaufs entsprechend ist sein Normalzustand nicht durch die Gleichheit von Angebot und Nachfrage (gemäss der früheren Auffassung), sondern durch die Ungleichheit von Angebot und Nachfrage auf den Konsumgüter-, Geld- und Arbeitsmärkten gekennzeichnet, und folglich auch durch eine entsprechende Ungleichheit von Preis und Produktionskosten der Konsumgüter. Alles ist demnach in schwankender Bewegung, so auch der Wert der Güter, der Aufwand und schliesslich der volkswirtschaftliche Nutzen ihrer Beschaffung. Wir stellten früher fest, dass dieser bei gegebenem Aufwand mit der Dringlichkeit der Bedürfnisbefriedigung anwächst, d. h. umso grösser ist, je höher sich der Marktwert des betreffenden Gutes einstellt, und erkannten andererseits, dass der Nutzen bei gegebenem Marktwert umso höher zu bewerten ist, je kleiner die Produktionskosten ausfallen. Man kann diese zweifache Abhängigkeit mit der Formulierung befriedigen: Der volkswirtschaftliche Nutzen der Güterbeschaffung ist umso grösser, je höher der Marktwert des Gutes und je kleiner der Aufwand zu seiner Produktion, d. h. in andern Worten, je grösser das Verhältnis von Marktwert zu Aufwand ausfällt. Ich habe in meinen Studien und Vorlesungen dieser Verhältniszahl den Namen «Wirtschaftlichkeit der Güterbeschaffung» gegeben (welche Definition also mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen identisch ist), um dem vieldeutigen Begriff der Wirtschaft-

lichkeit in bisheriger Uebung endlich einen Halt und eine eindeutige Formulierung zu geben. Damit ist zugleich auch der volkswirtschaftliche Nutzen klar umschrieben.

Dieser Nutzen misst sich also nicht etwa in Geldeinheiten, sondern stellt sich richtigerweise als eine dimensionslose Grösse dar. Sein Wert liegt über eins, wenn bei der Güterbeschaffung ein Gewinn erzielt wird, und fällt unter eins, wenn hiebei ein Verlust entsteht. Der Produzent spricht allerdings in diesem Fall von einem Schaden, den er bei der Güterbeschaffung erlitten hat; für die Volkswirtschaft liegt aber immer noch ein Nutzen vor, der bei den Verbrauchern als Gewinn zu finden ist. In der freien Wirtschaft sorgt der Marktmechanismus für den nötigen Ausgleich. Indem sich die Produktion in der Bedarfsdeckung des zu erwartenden Schadens wegen zurückhält, steigt der Wert des Gutes infolge der unbefriedigten Nachfrage solange an, bis die Produktion ihr Auskommen findet. Damit wächst aber zugleich der volkswirtschaftliche Nutzen der Güterbeschaffung. Die Forderung grösstmöglichen Nutzens erfüllt sich selbsttätig in der idealen Marktwirtschaft.

Werden die Preise der Güter mangels eines freien Markts aus den Produktionskosten abgeleitet oder nach einer andern verbrauchsfremden Norm geregelt, so ist der wahre volkswirtschaftliche Nutzen der Güterbeschaffung nicht feststellbar, solange die Wertkomponente fehlt. Vorgeschriebene Preise sind ja kein Mass des verbrauchsseitigen Werts der Güter; sie können über diesem Wert liegen, wie dies für den Fall der monopolisierten Produktion gelegentlich zutreffen mag, oder auch tiefer liegen, wie etwa im Fall des behördlich diktierten Preisstops, der eine aus fremden Ursachen erwachsene Geldentwertung überdauert. Der Wert der Güter lässt sich hiebei meistens auf indirektem Weg annähernd feststellen, etwa durch Umrechnung aus dem Wert der Produkte, die aus diesen Gütern geschaffen werden, wenn hierfür Märkte bestehen, oder durch sinngemässen Vergleich mit supponierten Konkurrenzbetrieben. Unterliegt man der Versuchung, den Nutzen als Verhältnis des diktierten Preises zu den Produktionskosten zu ermitteln, so ergibt sich folgendes: Sind die Preise zu hoch (im Vergleich zum Wert der Güter), so wird ein zu grosser volkswirtschaftlicher Nutzen vorgetäuscht, was für die Produktion einen Anreiz zu verschwenderischem Verbrauch von knapp vorhandenen Produktionselementen zur Folge hat. Sind die Preise zu tief, so wird umgekehrt ein zu kleiner Nutzen vorgetäuscht, wodurch die Produktionselemente in unzureichendem Mass zum Einsatz gelangen. In beiden Fällen wird gegen das Prinzip verstossen, die Produktionsmittel in erster Linie dort einzusetzen, wo sie den grössten Nutzen bringen. Man ahnt, was es heissen will, im Dienst der Volkswirtschaft die Preise zu regeln!

Wie erklärt sich nun die selbsttätige Erfüllung der Forderung grösstmöglichen Nutzens in der idealen Marktwirtschaft? Diese Frage führt uns vorgängig zu einer wichtigen Feststellung: Man darf und kann den Menschen und seine Handlungsweise aus der Wirtschaftsbetrachtung nicht wegdenken. So lässt sich z. B. die Dynamik des Güterkreislaufs nicht verstehen ohne Kenntnis der treibenden Kräfte, das sind die Absichten und Handlungen der ihrer Eigengesetzlichkeit gehorchenden Wirtschaftssubjekte. Mir scheint in der Erforschung der hier geltenden Gesetzmässigkeiten eine der Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft zu liegen, und auch der Wirtschaftspolitik, denn wenn man glaubt, in die Kreislaufdynamik im Interesse der Gesamtwohlfahrt eingreifen zu müssen, dann nur in Kenntnis dieses subtilen Mechanismus, um am richtigen Ort anzusetzen: durch Appell an die Einsicht des wirtschaftlich tätigen Menschen, damit dieser sinngemäss seine wirtschaftlichen Triebkräfte steuere.

Die Gesetzmässigkeiten, denen die im Spiel stehenden Wirtschaftssubjekte gehorchen, sind als solche statistischen Charakters zu verstehen. Die Handlungsweise der Subjekte folgt ihnen nicht in kausalem Zwang, sondern mit einer von den Nebenumständen abhängigen Wahrscheinlichkeit des Zutreffens. Mit dieser Einschränkung kann man nun unter anderem feststellen, dass die auf dem Markt tätigen Wirtschaftssubjekte immer und überall bestrebt sind, die Güterbeschaffung mit einem Minimum an Aufwand durchzuführen und hiefür auf dem Markt ein Maximum an Erlös zu erlangen. Da ihnen aber die erforderlichen Mittel (Kapital, Arbeitskraft, Zeit) nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stehen, müssen sie darnach trachten, mit diesen möglichst haushälterisch umzugehen. Demzufolge ist ihr Ziel nicht die Er-

langung eines möglichst grossen absoluten Gewinnbetrags, sondern vielmehr eines Maximums des relativen, d. h. auf die Einheit des Aufwands bezogenen Gewinns, bzw. widrigenfalls eines möglichst kleinen relativen Verlusts. Da die Erlöse auf dem Markt zum dortigen Wert der Güter erfolgen, ist die Formulierung des relativen Gewinns oder Verlusts, wie leicht nachzuprüfen ist, im Effekt gleich wie jene des volkswirtschaftlichen Nutzens¹⁾. Die Wirtschaftssubjekte verfolgen also mit ihrem privatwirtschaftlichen Gewinnstreben in der idealen Marktwirtschaft unabsichtlich das Ziel grössten volkswirtschaftlichen Nutzens.

Mit Hilfe der geschilderten Spielregeln der Wirtschaftssubjekte lässt sich als Modellvorstellung eine Erklärung des Mechanismus' der Energieversorgung beim Vorhandensein eines freien Nutzenergiemarkts geben. Jeder Energieverbraucher ist entweder selbst Erzeuger von Konsumgütern oder Anbieter von Produktionselementen. Zur Deckung seiner verschiedenen Nutzenergiebedürfnisse wählt er sich auf dem Markt fallweise jene Energieträger aus, die ihm beim erkämpften Wert seiner erzeugten Güter und bei den herrschenden Energiepreisen den höchstmöglichen relativen Gewinn erbringen. Diese Preise aber sind das Resultat der Wechselwirkung zwischen der Zielstreben der Energieverbraucher und jener der Energieproduzenten, die ihrerseits versuchen, den Wettbewerb auf dem Markt so weit zu treiben, bis sie ebenfalls zu einem Höchstwert ihres relativen Gewinns gelangt sind. Die Energiepreise und die relativen Gewinne der Partner werden demnach durch den Wert der Produktionsgüter der Energieverbraucher einerseits und durch die Preise der Produktionselemente der Energielieferer andererseits mitbestimmt. Die Partner versuchen, jeder für sich, aus der so abgesteckten Preisspanne, die ihnen die Dynamik des allgemeinen Güterkreislaufs in wechselndem Ausmass überlässt, das beste herauszuholen und finden in diesem Bemühen die ausgleichende Lösung. Sie bilden in diesem Sinn eine Schicksalsgemeinschaft, und die Lehre von der Energiewirtschaft ist letzten Endes die Lehre von der Schicksalsgemeinschaft der hier tätigen Wirtschaftssubjekte.

In Wirklichkeit entspricht der Nutzenergiemarkt eines räumlich begrenzten Versorgungsgebiets insofern nicht immer unserer Modellvorstellung, als seine Aufnahmefähigkeit, wie z. B. in unserem Land, klein ist im Vergleich zur Produktionskapazität der Brennstoffmärkte. Da zudem die aus Brennstoff erzeugte Nutzenergie mengenmässig stark überwiegt, vermögen der Wettbewerb der andern Energieträger und die Nachfrageschwankungen auf dem fraglichen Energiemarkt die Brennstoffpreise dort kaum zu beeinflussen. Diese sind daher allein massgebend für den Wert der Nutzenergie in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, unbekümmert der Produktionskostenlage der markteigenen Energieproduktion und unbekümmert des Werts der von den Verbrauchern erzeugten Güter. Diese Grössen spielen also in solchem Fall nicht mehr in die Energiepreisgestaltung hinein. Die relativen Gewinne der Partner sind brennstoffpreisabhängig geworden und damit auch der volkswirtschaftliche Nutzen ihrer Produktion. Das Schicksal der Partner ist nicht mehr allein mit dem Wirtschaftsverlauf des eigenen Versorgungsgebiets verkettenet, sondern auch in die Abhängigkeit von den Geschehnissen in einem fremden Güterkreislauf geraten. So kann sich auch der Ausbau der landeseigenen Wasserkräfte und die Bauwürdigkeit des einzelnen Objekts dessen Einfluss nicht entziehen. Der Begriff der Schicksalsgemeinschaft erweitert sich.

Es hat fast den Anschein, als ob ich über diesen Gedanken Ludwig Musil vergessen hätte, der mir doch mit seinem Werk hiezu Anlass gab. Wenn darin von solchen Ueberlegungen wenig die Rede ist, soll das nicht heissen, dass der Autor ihre Behandlung nicht erwogen hätte. Er wollte eine praktische Energiewirtschaftslehre aufstellen, wollte im besonderen in der Gestaltung der Energieproduktion die vielfachen Verflechtungen umgehen, um dem Praktiker handfeste Regeln zu geben. Es würde dem Inhalt des Buches vielleicht besser entsprechen, wenn es den Titel tragen würde: Lehre von der Produktionswirtschaft in der Energieversorgung. Wenn der Autor aber an der umfassenderen Ueberschrift, die er gewählt hat, festhalten will, würde er den Wert des Werks noch erhöhen, wenn er in die 2. Auflage einige auf die geschilderten Zusammenhänge hinweisende Ergänzungen aufnehmen wollte.

¹⁾ Das Verhältnis von Wert zu Aufwand ist gleich relativer Gewinn plus eins, bzw. eins minus relativer Verlust.



Bild 1. Ansicht der Hauptfassade mit Blick in den privaten, bepflanzten Parkplatz

Das Geschäftshaus der Zeitung «Die Weltwoche» in Zürich

Architekt KARL EGENDER, Zürich



Bild 2. Detail der Fassade an der Talstrasse, rechts der private Parkplatz



Bild 3. Vordach beim Eingang mit der Plastik «La Rivière» von Maillol



Bild 4. Ansicht der Hauptfassade vom Talacker aus, rechts die Eingangspartie, links der private Parkplatz



Bild 5. Eingangspartie, links Durchblick zum botanischen Garten

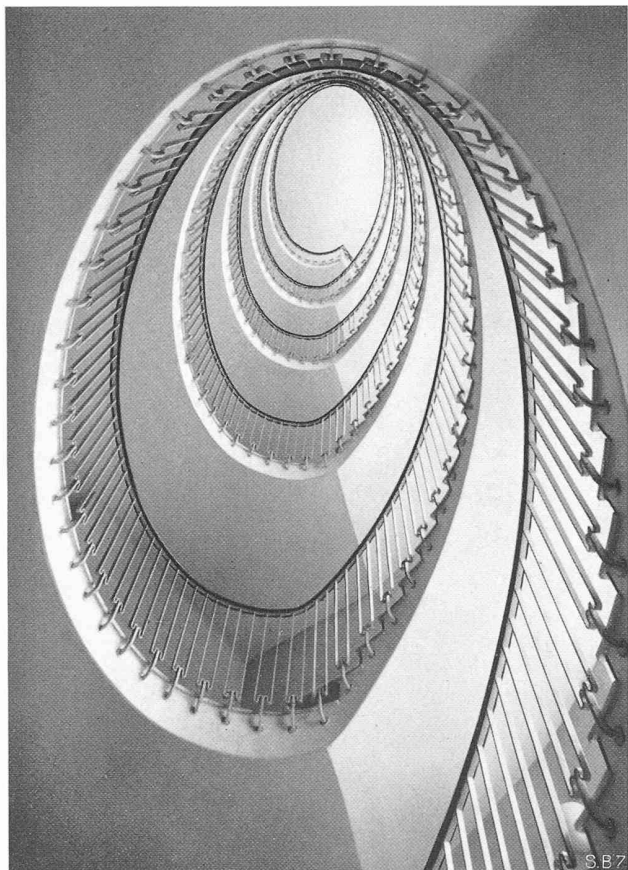


Bild 6. Blick ins Treppenhaus

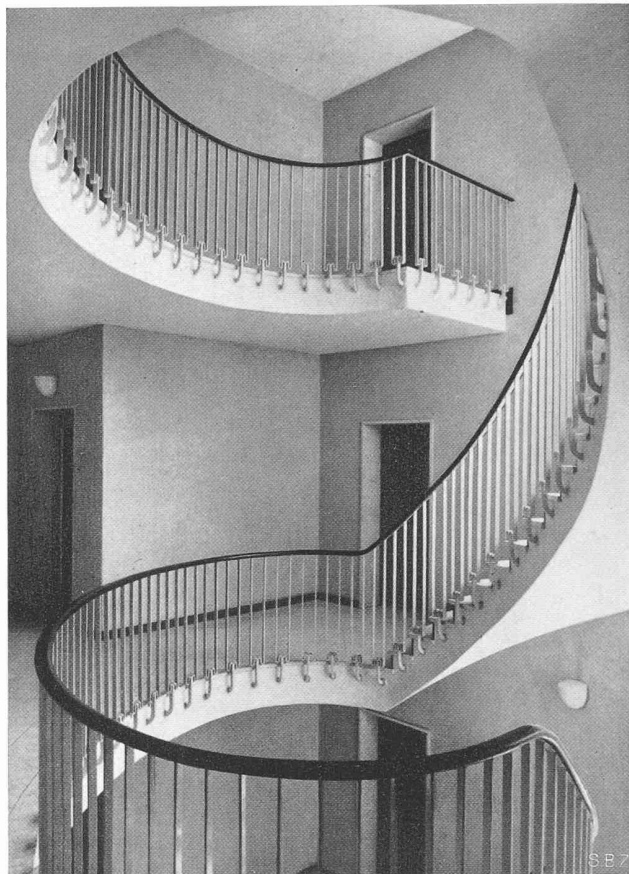


Bild 7. Treppendetail



Bild 8. Eingangshalle im Erdgeschoss

